

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Problemviertel-Monitoring zur gezielten Bekämpfung gesellschaftlicher Desintegration, Verwahrlosung und Gewalt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein dauerhaft angelegtes, wissenschaftlich fundiertes Monitoringinstrument zur Identifikation und Beobachtung sozialer Brennpunkträume (d. h. Problemviertel) in Berlin zu entwickeln und regelmäßig öffentlich darzustellen.

Dabei ist insbesondere Folgendes umzusetzen:

I. Analyseebene und Systemgrundlage

Bisherige Instrumente wie das System der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) liefern viele Einzelinformationen, bleiben aber zu häufig ohne durchschlagende Wirkung.

Die Planungsräume (PLR) im Rahmen des LOR-Systems, aktuell 542 an der Zahl, sind zwar statistisch nutzbare Einheiten, werden jedoch bislang nicht typologisch eingeordnet oder politisch priorisiert. Das bestehende Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) bleibt ein verwaltungsinternes Instrument ohne verbindliche Schwellenwerte oder politische Bewertung – insbesondere dort, wo sich soziale Problemlagen mit Kriminalität und integrationspolitischem Scheitern überlagern, ist es blind.

Daher ist ein neues, handlungsorientiertes Raster notwendig, das nicht nur beschreibt, sondern bewertet und zuordnet: Wo liegt akuter Handlungsbedarf? Welche Räume haben negative Entwicklungsdynamiken? Wo muss ressortübergreifend priorisiert eingegriffen werden? Ziel ist ein Instrument, das vorhandene Daten verbindlich bewertet und ressortübergreifend steuerbar macht. Das neue Raster nutzt MSS-Daten, ergänzt sie aber um verbindliche Schwellenwerte und politische Priorisierung. So kann das Land Berlin den realen sozialen Spannungsräumen gerecht werden, statt weiterhin mit pauschalen Programmen oder reaktiver Symbolpolitik zu arbeiten.

II. Kriterienauswahl

Entscheidend ist, dass die Definition von Brennpunkträumen auf objektiven, messbaren Faktoren beruht. Als Brennpunkt sollen daher Planungsräume gelten, in denen mindestens drei der nachfolgenden fünf Hauptkriterien gleichzeitig erfüllt sind. Ergänzende Verstärkerindikatoren ermöglichen es, die Dringlichkeit politischer Maßnahmen weiter zu differenzieren.

A. Hauptkriterien

1. Arbeitslosenquote über 15 %: In Stadtteilen, in denen mehr als jeder siebte Erwerbsfähige dauerhaft ohne Arbeit ist, hat der Sozialstaat seine Steuerungsfunktion weitgehend verloren. Die Folge ist Armut, Abhängigkeit von Transferleistungen und wachsender Unmut – ein idealer Nährboden für Kriminalität und gesellschaftliche Entfremdung.
2. Sozialleistungsbezug über 20 %: Wo ein Fünftel oder mehr der Haushalte dauerhaft vom Staat lebt, liegt kein „Solidaritätsfall“ mehr vor, sondern ein flächendeckendes Systemversagen. Statt Eigenverantwortung und Integration in den Arbeitsmarkt prägen Anspruchsdenken und Abhängigkeit vom Sozialstaat das Alltagsbild.
3. Kinderarmut über 25 %: Bildungsferne, Sprachdefizite und mangelnde Perspektiven reproduzieren sich – mit langfristigen Folgen für Schulen, Ausbildungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.
4. Tatortbasierte Kriminalitätsbelastung: Da die Polizei keine Statistik zu Wohnorten von Tätern veröffentlicht, dient die Häufung schwerer Straftaten am Tatort als belastbarer Indikator. In Vierteln mit mindestens 1,5-facher Häufigkeit schwerer Delikte – etwa Raub, gefährliche Körperverletzung oder Drogenhandel – ist der Staat in besonderer Verantwortung, seine ureigenste Aufgabe zu erfüllen und die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen.
5. Anteil von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) über 50 %: Ein hoher ndH-Anteil zeigt, wo sprachliche und schulische Integration verstärkt werden muss. Bleibt der Bedarf unbeachtet, drohen langfristige Folgen für Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

B. Verstärker-Indikatoren

- Lage in einem „kriminalitätsbelasteten Ort“ (kbO) als Verstärker-Indikator: Wird ein Gebiet bereits polizeilich als kbO eingestuft, stellt dies einen zusätzlichen Belastungsfaktor dar. Die kbO-Zuordnung zeigt, dass akute Gefahrenlagen vorliegen, die gezieltes staatliches Eingreifen erfordern.
- Alleinerziehende als Verstärker-Indikator: Ein hoher Anteil von Alleinerziehenden über 25 % geht häufig mit einer Häufung familiärer, sozialer und ökonomischer Belastungen einher. Wo das zweite Einkommen und stabile Erziehungsverhältnisse fehlen, steigt das Risiko von schulischem Scheitern und Jugendkriminalität deutlich.
- Dynamik als Verstärker-Indikator: Wo sich bestehende Missstände nachweislich verschärfen, muss frühzeitig gegengesteuert werden. Steigt einer der Belastungswerte um mehr als fünf Prozentpunkte innerhalb von zwei Jahren bezogen auf jeweils aktuellste verfügbare Jahres- oder Zweijahresdaten, signalisiert dies besonderen Handlungsdruck in bereits belasteten Gebieten.

III. Datenquellen

Die Bewertung erfolgt ausschließlich auf Grundlage amtlich belastbarer Daten. Herangezogen werden insbesondere das Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Kooperation mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) sowie die Einstufung kbO durch die Polizei Berlin. Ergänzend werden für den Indikator „ndH-Anteil“ schulstatistische Daten der Senatsverwaltung für Bildung berücksichtigt.

IV. Kategorisierung

Die Kategorisierung der Planungsräume erfolgt abgestuft nach dem Ausmaß der Belastung. Als Brennpunktraum gilt ein Gebiet, wenn mindestens drei der fünf Hauptkriterien erfüllt sind. Liegt darüber hinaus ein Verstärkerindikator wie eine kbO-Einstufung oder eine deutlich negative Dynamik vor, wird das Gebiet als Brennpunktraum mit zusätzlichem Belastungsfaktor gewertet. Mehrere gleichzeitig zutreffende Verstärkerindikatoren erhöhen den Handlungsdruck innerhalb der jeweiligen Kategorie und sollen bei der politischen Priorisierung besonders berücksichtigt werden. Werden zwar nur zwei Hauptkriterien erfüllt, kommen jedoch mindestens zwei Verstärkerindikatoren hinzu, spricht man von einem Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf. Diese Typisierung schafft die Grundlage für eine gezielte politische Prioritätensetzung und einen differenzierten Mitteleinsatz. Alle Auswertungen erfolgen strikt anonymisiert.

V. Veröffentlichung und Weiterverwendung

Die Ergebnisse des Monitorings sind jährlich räumlich differenziert auf Ebene der Planungsräume aufzubereiten, kartografisch nach Belastungsstufen zu visualisieren und thematisch zu gruppieren – etwa in Kategorien wie „akuter Interventionsbedarf“, „stabile Hochbelastung“ oder „negativer Trend“ und in Anlehnung an die bestehende Farbskala des MSS. Die zusammengeführten Ergebnisse sind dem Abgeordnetenhaus in schriftlicher Form vorzulegen. Die regelmäßige Vorlage an das Abgeordnetenhaus ermöglicht eine parlamentarische Kontrolle über die Umsetzung entsprechender Schwerpunktsetzungen. Die Bewertung eines PLR ist jeweils für ein Jahr gültig und im Folgejahr auf Grundlage aktualisierter Daten zu überprüfen, unter Wahrung der gebotenen Sorgfalt und mit dem Ziel, nicht Stigmatisierung, sondern gezielte politische Steuerung zu ermöglichen.

VI. Politische Nutzung und Maßnahmensteuerung

Die Einstufung eines Brennpunktraums ist verbindlich in der ressortübergreifenden Haushalts-, Förder- und Maßnahmenplanung zu berücksichtigen. Sie dient als Grundlage für gezielte Investitionen, Schwerpunktsetzungen bei Sicherheit und Integration sowie für die Anpassung bestehender Programme (z. B. Quartiersmanagement, INSEK, Sozialraumbudgets).

Begründung

In zahlreichen Berliner Quartieren verdichten sich soziale, ökonomische und sicherheitsbezogene Problemlagen zu strukturellen Brennpunkten. Wo Arbeitslosigkeit, Transferabhängigkeit, Kinderarmut, Integrationsdefizite und Kriminalität gleichzeitig auftreten, gerät nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt unter Druck, sondern auch staatliche Strukturen verlieren an Wirksamkeit. Verwahrlosung, Bildungsarmut und Gewalt sind in etlichen Stadtteilen längst kein Ausnahmezustand mehr, sondern Alltag.

Zwar existieren mit dem System der LOR und dem MSS bereits Analyseinstrumente, doch fehlt bislang ein politisch einsetzbares, handlungsorientiertes Steuerungswerkzeug. Bestehende Instrumente benennen Zustände, leiten daraus aber weder Schwellenwerte noch Interventionsverpflichtungen ab.

Ein bewährtes Vorbild ist das zur Zeit sozialdemokratisch regierte Dänemark, das seit 2010 mit einem faktenbasierten Raster gezielt gegen die Herausbildung sozialer Brennpunkte vorgeht und offizielle Listen – „ghettolister“ bzw. „parallelområder“ – veröffentlicht. Laut Transport-, Bau- und Wohnungsministerium gilt ein Gebiet mit mindestens 1 000 Bewohnern als belastet, wenn der Anteil nicht-westlicher Einwanderer über 50 % liegt und mindestens zwei der folgenden vier Kriterien erfüllt sind: hohe Arbeitslosigkeit/fehlender Bildungs- oder Erwerbsbezug, überdurchschnittlich viele Strafverurteilungen, niedriger Bildungsstand oder geringes Einkommen.¹ Dieses datengestützte Raster bildet die Grundlage für gezielte staatliche Interventionen und fördert eine systematische, ressortübergreifende Steuerung – ein Modell, von dem Berlin für sein Monitoring klar lernen kann. Es zeigt, wie klar definierte Indikatoren politisches Handeln effektiv strukturieren können.

Ein sozialwissenschaftlich fundiertes Monitoring mit klaren Kriterien, abgestufter Kategorisierung und jährlicher Aktualisierung ermöglicht eine verbindliche, vergleichbare Bewertung der Belastungslage in den Berliner Stadtteilen. Es schafft die Grundlage für politische Schwerpunktsetzungen, gezielte Maßnahmensteuerung und überprüfbare Wirksamkeit. Die politische Einordnung und Priorisierung der betroffenen Räume schafft nicht nur Transparenz, sondern ermöglicht auch die zielgenaue Allokation von Mitteln und Maßnahmen. Das Monitoring ist dabei kein Selbstzweck, sondern Entscheidungsgrundlage für konkrete Interventionen.

Vor allem aber dient es dem Schutz der betroffenen Anwohner – gleich welcher Herkunft –, die unter Zuständen leben müssen, denen Politik bislang oft nur reaktiv begegnet. Wer soziale Desintegration, Bildungsversagen, Kriminalität und Armutsmigration wirksam bekämpfen will, muss zuerst wissen, wo sie sich ballen und wie stark sie wirken. Genau dafür ist ein belastbares Problemviertel-Monitoring das geeignete Instrument.

Kosten

Das Monitoring stützt sich ausschließlich auf bereits vorhandene amtliche Datenquellen und bestehende statistische Infrastrukturen. Die Auswertung erfolgt im Rahmen der regulären Aufgaben der zuständigen Stellen. Es entstehen daher keine zusätzlichen Kosten für das Land Berlin.

Berlin, den 11.07.25

Dr. Brinker Wiedenhaupt Dr. Bronson
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

¹ <https://regeringen.dk/nyheder/2017/ghetto-listen-2017-to-nye-omraader-tilfoejt-fem-fjernet/ghettolisten-definition-af-en-ghetto/>; abgerufen am 7. Juli 2025.